Nr. 510. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 29. Oktober 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 28. Oktober. Die Erklärung, die der „Reichsanz." veröffentlicht hat, läßt erkennen, daß man an leitender Stelle trotz der Zurückhaltung, die man bisher beobachtet hat, von den „Enthüllungen" der „H. N." auf das peinlichste berührt worden ist. Sie enthält in schonendster Form die schärfste Kritik, die an dem Artikel des Hamburger Blattes geübt werden konnte. Die Regierung müsse sich eine Klarstellung versagen, da Vorgänge, wie die von dem Blatte erwähnten, ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehören, die zu bewahren eine internationale Pflicht sei, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. In dem Hamburger Blatte ist darnach nicht nur diese Pflicht verletzt, sondern es ist, wie aus der Mittheilung des „Reichsanzeigers" hervorgeht, durch die falsche und unvollständige Mittheilung die Gefahr der Veröffentlichung noch erhöht worden, ohne daß ein triftiger Grund für diesen Schritt zu erkennen wäre. Auch die „Hamb. Nachr." erkennen an, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke wieder freundliche sind. Der Warnungsruf nimmt sich daher aus wie Feuerlärm, nachdem das Feuer gelöscht und Alles in bester Ordnung ist. Ob mit der halbamtlichen Erklärung die Sache abgethan ist und ob nicht durch andere Kundgebungen die Regierung noch zu weiteren Aufklärungen gedrängt wird, muß abgewartet werden. Die weitere Geheimhaltung eines halbentschleierten Geheimnisses könnte vielleicht bedenklicher werden, als die Preisgebung des vollen Geheimnisses, wenn von einem solchen unter den betheiligten Mächten überhaupt gesprochen werden darf. Vielmehr lassen die a tempo von Wien aus erfolgenden Angaben darauf schließen, daß nach Wien hin sofort Mittheilung von dem russisch-deutschen Abkommen gemacht wurde, gleichwie der russischen Regierung alsbald der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Bündnißvertrag zur Kenntniß gebracht worden ist.

— Die Enthüllungen der „Hamb. Nachr." beschäftigen fortgesetzt die Presse des In- und Auslandes. Die „N. Fr. Pr." schreibt zu der Erklärung des „Reichsanz." über die „Enthüllungen":

„Wenn der „Reichsanz." betont, daß die Zuversicht zur Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik bei den anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch solche Enthüllungen erschüttert werden könnte, so müssen wir dieser Auffassung und Ueberzeugung vollkommen beipflichten. Einmüthig ist die öffentliche Meinung in Oesterreich in den Aeußerungen des Vertrauens und in der sicheren Annahme, daß auf eine durchaus zuverlässige und loyale Erfüllung der Vertragspflichten seitens der jetzigen deutschen Regierung unbedingt zu rechnen ist. Schon unter den ersten peinlichen Eindrücken der Enthüllungen hat sich somit die Erwartung des „Reichsanz." erfüllt und die Ueberzeugung von der Bundestreue der deutschen Politik in Oesterreich als vollkommen unerschüttert erwiesen."

Zu demselben Thema berichtet der „Pester Lloyd":

„Wir haben zu unserer bisherigen Stellungnahme gegenüber den neuesten Indiskretionen, welche eine so scharfe Verurtheilung in Berlin erfahren haben, gar nichts hinzuzufügen. Wenn die deutschen amtlichen Kreise keinen Anlaß zum Eingehen in eine Diskussion über die erfolgte Verletzung des Staatsgeheimnisses und die Schädigung wichtiger Staatsinteressen erblicken, haben wir nichts dagegen einzuwenden. Uns genügt der bisherige Zustand und die neue Versicherung von der Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik, die durch diese Enthüllungen nicht erschüttert werden können."

Inzwischen macht sich die Ansicht geltend, daß Fürst Bismarck den „Enthüllungen fernstehe", in dieser Beziehung will die „Neue Hamburger Zeitung" aus guter Quelle erfahren haben, Dr. Chrysander habe nach Berlin gedrahtet, daß Fürst Bismarck den Veröffentlichungen der „Hamb. Nachr." über den deutsch-russischen Bündnißvertrag völlig fernstehe. Falls dies zutrifft, handelt es sich unbedingt um eine Privatleistung des Journalisten Hoffmann, des Leitartiklers der „Hamb. Nachr.", der in konstantem Verkehr mit Bismarck sich den Gedankengang und selbst den Stil desselben völlig zu eigen gemacht und möglicherweise früher erhaltene Mittheilungen jetzt fruktifizirt hat. Thatsache ist, daß mehrfach angebliche Emanationen Bismarcks auf Hoffmanns Konto gehörten, und daß dieser bismarckischer als Bismarck ist. Die „Hamb. Nachr." bezeichnen übrigens die Mittheilungen der „N. Fr. Pr." über die Natur des Bündnißvertrages als den Verhältnissen entsprechend, als falsch hingegen die Annahme, Bismarck sei der Staatsmann, mit dem ein Freund desselben Blattes eine Unterhaltung über die europäische Lage gehabt haben will. Fürst Bismarck habe, wie die „Nachr." auf Erkundigung erfahren, den Inhalt des Interviews erst aus den Zeitungen kennen gelernt.

— Mit der geplanten Gehaltsaufbesserung der Beamten ist gegenwärtig eine andere Frage in den Vordergrund der Erörterungen gerückt, nämlich die des Steuervorrechts der Beamten. Auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1822 genießen die Beamten heute noch ein Vorrecht vor den übrigen Bürgern in Bezug auf die Heranziehung zu den Gemeindeabgaben in der Weise, daß sie nur die halbe Gemeindeeinkommensteuer zu zahlen brauchen. Für die Stadt Berlin betrug der durch dieses Steuervorrecht herbeigeführte Einnahmeausfall im Jahre 1890 1 760 642 Mark. Von verschiedenen Seiten nun wird verlangt, daß dieses Steuervorrecht bei der Durchführung der Gehaltsaufbesserung der Beamten beseitigt werde, und man stützt sich dabei auf Aeußerungen der Vertreter der preußischen Staatsregierung, zum Beispiel auf die Erklärung, die der Geheime Finanzrath Dr. Strutz in der Kommission des Hauses der Abgeordneten, die sich im Frühjahr 1893 mit dieser Frage beschäftigte, abgegeben hat. Wie das „B. T." hört, lehnt die Regierung es jedoch nach wie vor ab, die Frage des Steuervorrechts der Beamten mit der allgemeinen Gehaltsaufbesserung in Zusammenhang zu bringen. Sie erblickt in dem Gesetz vom Juni 1822 kein eigentliches Vorrecht, sondern nur einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Da die Heranziehung zur Gemeindeeinkommensteuer in den einzelnen Städten außerordentlich verschieden ist, und in mancher Stadt das Siebenfache des in der Nachbarstadt erhobenen Satzes beträgt, da andererseits der Beamte sich seinen Wohnort nicht frei wählen darf und sich jede Versetzung gefallen lassen muß, so glaubt die Regierung, ihre Beamten wenigstens bis zu einem gewissen Grade vor den Schwankungen in der Heranziehung zur Gemeindeeinkommensteuer sicher stellen zu müssen. Einer Beseitigung dieses Steuervorrechts stehen nach Ansicht der Regierung auch fiskalische Bedenken entgegen. Wollte man das Steuervorrecht ganz beseitigen, so müßte die den Beamten zugedachte Gehaltsaufbesserung erhöht werden, oder man müßte für eine anderweite Entschädigung sorgen. Auf diese Weise würde, so argumentirt man in Kreisen der Regierung, beispielsweise der Stadt Berlin aus Staatsmitteln eine jährliche Zuwendung von rund zwei Millionen Mark gemacht werden. Eine solche „Zuwendung" erscheint der Regierung aber im gegenwärtigen Augenblick unthunlich. Sie wird sich deshalb, wie das „B. T." hört, einem etwaigen Antrage auf Beseitigung des Steuervorrechts der Beamten im Zusammenhang mit der Gehaltsaufbesserung prinzipiell ablehnend verhalten.

— Zur Behebung von an einzelnen Stellen aufgetretenen Mißverständnissen darf darauf verwiesen werden, daß die deutsche Gewerbeschutz-Konferenz, welche jüngst in Berlin tagte und eine dem Anschluß an die Union für den gewerblichen Eigenthumsschutz günstige Resolution annahm, nicht ohne Weiteres die jetzt für diese internationale Vereinbarung geltenden Bestimmungen als ausreichend ansieht. Im Gegentheil, es ist von der Konferenz ausdrücklich anerkannt, daß die gegenwärtig allgemein geltenden Bestimmungen der Union nicht ausreichend sind, die für die Angehörigen der einzelnen Staaten vorhandenen Nachtheile aus den Gesetzen zum Schutze des gewerblichen Eigenthums zu beheben und daß auch der Abschluß von Sonderverträgen innerhalb der Union dies zwar anbahnen könne, aber nur als äußerster Nothbehelf anzusehen sei. Im Einzelnen ist beispielsweise darauf verwiesen, daß die Prioritätsfrist nur dann Bedeutung habe, wenn sie mit dem Tage der ersten Anmeldung beginnt und daß sie für Staaten mit Vorprüfung, wie also Deutschland, durchgreifende Vortheile erst dann habe, wenn sie bis über die endgültige Ertheilung des Schutzes hinausreicht. Die Geltendmachung der Prioritätsfristen nach erfolgter Anmeldung bezw. Ertheilung der gewerblichen Eigenthumsrechte bringe für die Betheiligten Nachtheile und schaffe einen unsicheren Rechtszustand. Ferner wird die bisher von der Union nicht gewährte gegenwärtige Unabhängigkeit der Patente als in erster Linie erstrebenswerth bezeichnet. Diese und andere Ausstellungen sind auch von den Freunden des Anschlusses Deutschlands an die Union gemacht, woraus hervorgeht, daß in diesen Kreisen durchaus nicht die Union als eine Staatengemeinschaft angesehen wird, deren Vertrag nicht noch der Verbesserung bedürftig wäre.

— Trotz der starken Vermehrung der Eisenbahnlinien hat das Postfuhrwesen keine Einschränkung erfahren. Es sind fast nur Landpostkurse von geringer Länge weggefallen, andererseits aber erforderte das Anwachsen der größeren Städte die stetige Vermehrung der Postanstalten. Die Zahl der Personenposten auf Landstraßen ist allerdings von 893 Ende 1880 auf 758 Ende 1895 zurückgegangen, indessen ist die Zahl der Postkurse auf Landstraßen von 9462 auf 10 385 gestiegen. Die Kurslänge der Posten auf Landstraßen betrug 1890 90 081 Kilometer, 1895 dagegen 92 306 Kilometer. An Privatpersonenfuhrwerken, die regelmäßig zur Beförderung von Postsendungen mitbenutzt werden, waren 1890 1417, 1895 1578 vorhanden; ihre Kurslänge betrug 1890 15 238 Kilometer, 1895 16 198 Kilometer. In Berlin, Köln a. Rh. und Düsseldorf bestehen reichseigene Posthaltereien, die gute Erfolge aufzuweisen haben.

— Die „Nat.-Ztg." schreibt: Daß die Entscheidung in der Wissmann-Frage so gefallen, wie wir nach der Unterredung des Gouverneurs mit dem Reichskanzler berichteten, wird jetzt in der „Nordd. Allg. Ztg." mit folgenden Worten bestätigt:

„Daß Herr v. Wissmann auf den Posten des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika nicht mehr zurückkehren wird, ist, dem Vernehmen nach, nunmehr höchst wahrscheinlich geworden."

Es steht, genauer ausgedrückt, fest, ebenso daß Major von Wissmann zunächst in freier Stellung dem neuen Direktor der Kolonial-Abtheilung behülflich sein wird, sich in seine Thätigkeit einzuarbeiten, und daß er sich dann einige Jahre Muße gönnen will. Man darf aber mit Sicherheit annehmen, daß das Reich, wenn außergewöhnliche Vorgänge in Afrika dies erfordern sollten, immer auf Major v. Wissmann wird zählen können, wie er auch bereit war, sofort auf seinen bisherigen Posten zurückzukehren, wenn die unbegründete Meldung von einem Wahehe-Aufstande sich bestätigt hätte.

— Ueber den in den Prozeß wegen des Breslauer Zarentoastes verwickelten Berichterstatter Frhrn. v. Lützow wird in der „Frankf. Ztg." folgende Mittheilung gemacht:

„Er entstammt einer mecklenburgischen Adelsfamilie. Sein Vater war Kommandeur des mecklenburgischen Grenadier-Regiments. Er ist im Kadettenkorps erzogen, war dann im Grenadier-Regiment Nr. 89 und wurde später ins Infanterie-Regiment Nr. 85 versetzt. Dort wurde er mit schlichtem Abschied entlassen, später indessen beim 96. Regiment in Altenburg wieder angestellt. Nachdem er noch vorübergehend dem 34. Regiment angehört hatte, trat er zu den Landwehroffizieren über. In Berlin versuchte er sich als Journalist eine Existenz zu gründen, und es gelang, ihm eine Stellung im „Wolffschen Bureau" zu verschaffen. Dort wurde er indessen wegen Indiskretionen entlassen und gründete dann selbst ein kleines Nachrichtenbureau. Durch seinen Namen, seine sehr gewandten Manieren und dadurch, daß er fast immer in Uniform ging, gelang es ihm, selbst in guten und einflußreichen Kreisen Eingang zu finden, bis er im Jahre 1890 in der „Kreuzzeitung" als russischer Spion denunzirt und als Landwehroffizier entlassen wurde. Seitdem schlug er sich kümmerlich durch. Alle, die ihn kannten, waren sehr überrascht, ihn vor Jahr und Tag als Angestellten der politischen Polizei in Berlin wieder zu treffen, in welcher Stellung er auf Grund seiner Vergangenheit und seines unzuverlässigen Charakters so ungeeignet wie möglich erschien."

Essen a. d. Ruhr, 28. Oktober. Der Kaiser kehrte gegen fünf Uhr nach der Villa Hügel zurück. An der Abendtafel, zu der etwa 50 Gedecke aufgelegt waren, nahmen außer dem Kaiser, dem Prinzen Heinrich mit Gefolge und dem Geh. Kommerzienrath Krupp und Gemahlin Theil: Admiral Knorr, Staatssekretär Hollmann, der Oberpräsident Nasse, Regierungspräsident von Rheinbaben, der Kommandeur der 14. Division Generallieutenant Frhr. von Funck, Arthur Krupp und Gemahlin, Hauptmann Frhr. von Ende und Gemahlin, ferner Oberbürgermeister Zweigert, Bürgermeister Goering, Landrath von Hoevel, Frhr. von Vietinghoff-Scheel, Frhr. von Schirp, sowie 20 Direktoren und andere Beamte der Kruppschen Werke. Die Tafelmusik wurde wiederum von dem westfälischen Pionierbataillon Nr. 7 gestellt. Die Tafel trug einen herrlichen Schmuck von Orchideen.

Karlsruhe, 28. Oktober. Wie die „Karlsruher Zeitung" meldet, ist der ordentliche Professor der Staatswissenschaften in Heidelberg, Dr. Karl Knies, auf seinen Antrag und unter Anerkennung seiner langjährigen ausgezeichneten akademischen Lehrthätigkeit vom Großherzoge in den Ruhestand versetzt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Oktober. Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten Pernerstorffer und Kronawetter brachten eine Interpellation wegen der ohne richterlichen Befehl erfolgten Verhaftung des Paters Stojanowski ein.

Wien, 28. Oktober. Bei der Landtagswahl in Zwettl, dem früheren Wahlkreise Schönerer's, unterlag dessen Parteigenosse Dötz gegen den christlich-sozialen Kandidaten Hofbauer.

Pest, 28. Oktober. Aus der Provinz kommen über die heute stattgehabten Excesse sehr schlimme Nachrichten. Am bösartigsten ging es in den slovakischen Gegenden Oberungarns und an mehreren Punkten Nordwestungarns zu. Es ist erwiesen, daß überall dort die antiliberale Volkspartei die Massen bis zur Raserei aufgestachelt hat. Mit welchen Mitteln agitirt wurde, geht aus Folgendem hervor: Im Bezirke Csorna verbreiteten die Antiliberalen unter den Massen Flugblätter folgenden Inhalts: Wenn die Liberalen siegen, werden alle Kreuze von den Straßen verschwinden, die Glocken von den Kirchthürmen entfernt werden, die Kirchen in Magazine umgewandelt werden. Die Regierung werde 32 Altäre errichten, wo nicht Gott, sondern der Teufel angebetet werde. (!!) Die guten Katholiken werden wie einst in Frankreich abgeschlachtet werden. Ferner wurde verbreitet, die Sakramente würden allen Jenen versagt werden, die für einen Liberalen stimmten.

Die Wähler wurden auf das Kreuz vereidigt, für die Volkspartei zu stimmen. Wer dies nicht gethan, dessen Name soll an die Kirchenthür geschrieben und ihm selbst verboten werden, die Kirche zu betreten.

Diese fanatische Agitation wird den Antiliberalen trotz alledem nichts nützen. Den schließlichen Sieg der Liberalen werden sie doch nicht abwenden können.

Pest, 28. Oktober. Ministerpräsident Banffy wurde in Szilagy-Somtyo, Desider Szilaghi in Preßburg einstimmig gewählt.

Pest, 28. Oktober. Bisher sind im Ganzen 202 Ergebnisse der Abgeordnetenwahlen bekannt. Hiervon entfallen auf die liberale Partei 155, auf die Nationalpartei 11, auf die Kossuthfraktion 18, auf die Ugronfraktion 4 und die Volkspartei 3. Ferner wurden 7 keiner Partei Angehörige gewählt; außerdem sind vier Stichwahlen erforderlich. Die liberale Partei gewann 34 Mandate und verlor 6 Mandate.

Frankreich.

Paris, 28. Oktober. Die Deputirtenkammer wird morgen die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Kunstweine beginnen; nach demselben soll ein Zoll von 45 Franks für je 100 Kilogramm Rosinen, welche zur Herstellung von Wein dienen, erhoben werden. Zwischen dem Kabinet und der Kommission ist ein völliges Einvernehmen über den Gesetzentwurf erzielt worden.

Die Heereskommission der Deputirtenkammer genehmigte den Bericht Montfort's, welcher die Annahme des Gesetzentwurfs betreffend die Organisation des Oberkommandos empfiehlt.

Paris, 28. Oktober. Großfürst Wladimir stattete heute Nachmittag dem Präsidenten Faure im Elysee einen Besuch ab und wurde mit militärischen Ehren empfangen.

Paris, 28. Oktober. Die in Marseille aus Madagaskar heute eingetroffenen Blätter melden, die Königin habe, begleitet von dem General Voyron und einer starken Eskorte, am 15. September Tananarivo verlassen, um sich in die Umgegend zu begeben. Die Eskorte hatte einen Zusammenstoß mit den Fahavalos, welche etwa 30 Todte verloren; die Begleitung verlor an Todten 4 senegalische Tirailleurs; 5 Tirailleurs und 3 Marinesoldaten wurden verwundet.

Italien.

Rom, 28. Oktober. Fürst Nikolaus von Montenegro, der gestern den Minister des Aeußeren Visconti Venosta empfangen hatte, empfing heute den Ministerpräsidenten di Rudini in einstündiger Audienz.

Spanien und Portugal.

Die Spanier haben schon wiederum einen Sieg erfochten, natürlich mittels des offiziösen Drahtes, wie immer. Aus Madrid wird depeschirt: Amtlich wird aus Manila gemeldet, daß General Jaramillo eine Truppe von etwa 1000 Aufständischen am linken Ufer des Pansipit geschlagen hat. 60 Aufrührer sind in dem Kampf gefallen, die Spanier hatten zwei Verwundete.

Nach einer Meldung aus Havanna erklärte General Weyler auf Befragen, daß er auf eine rasche Pazifizirung aller Provinzen des westlichen Kubas rechne.

Asien.

Das japanische Kriegsministerium hat mit Genehmigung des letzten Reichstages beschlossen, bis Ablauf der nächsten sieben Jahre folgende Verstärkungen des Küstenschutzes vorzunehmen:

Es sollen zu einem ganzen Josai-Hohei-Rentai oder Festungs-Artillerieregiment verstärkt werden die kleineren Artillerieabtheilungen in Yokosuka, in Yura (eigentlich in den drei Orten Yura, Naruto und Sawajama), in Schimonoseki (und Osawa), in Tadanomi und Hadohama und in Sajbo (und Nagasaki). Diese Regimenter werden ihren Namen nach den Hauptgarnisonorten führen, nur das vierte Regiment soll „Geijo-Josai-Hohei-Rentai" heißen nach den Provinzen Aki (abgekürzt Ge) auf Honto und Ijo auf Schikoku. Ein vollständig neues Regiment wird Kure erhalten und je ein neues Bataillon Maizuru und Hakodate. Vom nächsten Dezember ab werden auch die ersten zwei Kompagnien Eisenbahner und eine Kompagnie Militär-Telegraphisten dem japanischen Heere eingereiht werden. Alle erwähnten Garnisonorte sind für Japan von größter Wichtigkeit. Sie beherrschen das Vorgebirge Kannonsaki bei Yokosuka, südlich von Yokohama, und die gegenüberliegende Spitze von Fatsu, in der Provinz Awa, den Eingang zur Bucht von Tokio. Yura, dicht bei Kobe auf der Insel Awasi gelegen, schützt den unmittelbaren Zugang zu den wichtigen Städten Kobe, Osaka und Kyoto. Schimonoseki und gegenüber Osawa auf Kiuschin beherrschen den Eingang in die wichtigste Straße der japanischen Inselwelt, wie ähnlich weiterhin im innern die Punkte Tadanomi in Aki und Hadohama in Ijo. Der Kriegshafen Sasebo schützt die alte Handelsstadt Nagasaki. Kure ist ein Kriegshafen bei Hiroschima, ebenso Maizuru gegenüber von Wladiwostok. Hakodate auf dem südlichen Zipfel von Hockaido oder Yesso beherrscht die Tsugaru-Straße zwischen dieser Insel und Honto.

Amerika.

Der „große Tag" für die Vereinigten Staaten — der 3. November — rückt immer näher und jede der beiden großen Parteien erklärt, ihr sei die Mehrheit sicher. Bryan hofft, daß ihm 300 Elektoralstimmen zufallen werden, während der „Geschäftsführer" Mc Kinleys, Mark Hanna, für diesen auf mindestens 302 Stimmen rechnet. Das gesamte Kollegium der Wahlmänner besteht in diesem Jahre aus 447 Personen. Nach der Bundesverfassung ist die Wahl des Bundespräsidenten der direkten Volksabstimmung entrückt; es sind nur Wahlmänner zu wählen und zwar in jedem Staate so viele, als er Vertreter im Senat und im Abgeordnetenhause des Bundeskongresses besitzt. Diese Vertretung besteht für jeden Staat aus zwei Senatoren, während die Zahl der Abgeordneten sich nach der Einwohnerzahl jedes Staates richtet. Auf je 175 000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter und demnach bei der am 3. November vorzunehmenden Urwahl ein Wahlmann. Dabei sind selbstverständlich die stark bevölkerten Oststaaten dem schwächer besiedelten Westen und Süden gegenüber stark im Vortheil. So wählt der Staat Newyork gegenwärtig allein 36 Wahlmänner; Pensylvanien 32, Illinois 24, Ohio 23, Missouri 17, Massachusetts, Indiana und Texas je 15, Michigan 14, Georgia, Kentucky und Iowa je 13, Virginien, Wisconsin und Tenessee je 12, Nord-Carolina und Alabama je 11, New-Jersey und Kansas je 10, Minnesota, Kalifornien, Mississippi und Süd-Karolina je 9, Maryland, Arkansas, Louisiana und Nebraska je 8, Connecticut, Maine und West-Virginien je 6, Vermont, New-Hamshire, Rhode Island, Florida, Colorado, Süd-Dakota, Oregon und Washington je vier, Delaware, Nord-Dakota, Utah, Wyoming, Nevada, Idaho und Montana nur je drei Wahlmänner. Die Wahlmänner eines jeden Staates kommen am ersten Mittwoch des Dezember in der politischen Hauptstadt ihres Staates zusammen, um ihre Stimmen für den von ihnen bevorzugten Präsidentschaftskandidaten abzugeben. Das Ergebniß ihrer Wahl wird von den Staatsbehörden beglaubigt, worauf die Akten nach der Bundeshauptstadt Washington geschickt werden, wo am zweiten Mittwoch des Februar vor dem versammelten Kongreß ihre Eröffnung und die Zählung der von den Wahlmännern abgegebenen Stimmen erfolgt. Da Stimmenmehrheit entscheidet, so sind in diesem Jahre mindestens 224 Stimmen zur Erwählung eines Präsidenten erforderlich. Erhält kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, so fällt die Wahl an den Kongreß. Da die Parteifarbe jedes Wahlmanns bekannt ist, kann natürlich schon aus den Wahlen am 3. November ein ziemlich sicherer Schluß auf die Person des gewählten Präsidenten gezogen werden. Zugleich mit der Urwahl für die Präsidentschaft finden zahlreiche Staatswahlen statt, die aber von geringerem Interesse sind. Dagegen sind die zugleich in vielen Staaten stattfindenden Kongreßwahlen von größerer Wichtigkeit und man hofft auf den Sieg der Gutgeldpartei, da derjenige Präsident, der von seinen Parteigenossen im Kongreß nicht genügende Unterstützung findet, in seinem Thun fast lahmgelegt ist. Die Regierung Clevelands und seine Bemühungen, die Finanzlage zu bessern, waren dafür der beste Beweis. Von den 90 Mitgliedern des Senats hat nach der Verfassung am 4. März 1897 ein Drittel der Mitglieder auszuscheiden, für die am 3. November gleichfalls Ersatz geschafft werden muß. Die Ausscheidenden sind diesmal 11 Gutgeld- und 19 Silbersenatoren; im Senate verbleiben noch 32 Gutgeld- und 28 Silbersenatoren. Also ist auch diese Neuwahl ungemein wichtig für die künftige Gestaltung im Kongreß. Wie aus Newyork drahtlich gemeldet wird, ist die schwierigste Frage die, wie die Arbeitervereine des Landes stimmen werden. Die Central Labour Union und die Central Labour Federation untersuchen gegenwärtig die Fälle, die ihnen über ungesetzliche Wahlbeeinflussung seitens der Arbeitgeber und Gesellschaften zugegangen sind, doch können, da in den Vereinigten Staaten mit Ausnahme von Georgia, Louisiana, Nord- und Süd-Karolina die geheime Stimmmethode eingeführt ist, Wahlbeeinflussungen nicht viel ausrichten.

* Der amerikanische Botschafter in Berlin hat das von dem Ausschuß für die populistische Präsidentschafts-Kampagne in den Vereinigten Staaten ausgesandte Rundschreiben, worin um Beiträge für die Führung der Kampagne gebeten wird, in einem sehr nachdrücklichen Schreiben beantwortet. Er sagt darin, er könne einen Konvent, dessen Prinzipien und Politik, wie solche in seiner Platform ausgesprochen sind und welche mit den historischen Grundsätzen der wahren und großen demokratischen Partei im Widerspruch stehen, nicht als den rechtmäßigen Vertreter der Partei anerkennen. Die Platform von Chicago führe einen Schlag gegen das innerste Wesen der konstitutionellen Regierungsform und kündige eine Politik an, welche die Hauptpfeiler der Regierung unterminiren würde. Die Platform enthalte ferner die Drohung der Entwerthung des Geldes und der Ungültigmachung abgeschlossener Kontrakte. Das Schreiben schließt mit folgenden Worten: „Dies ist das Wesen der Platform von Chicago. Sie ist nur dem Namen nach demokratisch; ihrem Geiste, ihrem Wesen und ihrer Tendenz nach ist sie undemokratisch, unamerikanisch, revolutionär, und es ist die ernste und besondere Pflicht treuer Demokraten, darüber zu wachen, daß ein so schädliches Erzeugniß nicht im Namen der Demokratie dem Gemeinwesen aufgepfropft wird."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. Oktober. Von der Partei der unabhängigen Stadtverordneten oder der jetzigen Minderheit sind in der III. Abtheilung als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt

im 1. Bezirk die Herren Fleischermstr. **A. Poppe**, Kaufmann **E. Ludwig**,
im 2. Bezirk die Herren Eisenbahn-Büreauvorsteher **H. Krohn**, Kaufmann **Friedr. Kopp**, Schiffsrheder **W. Petermann**, **Dr. med. E. Neumeister**,
im 3. Bezirk Herr Kaufmann **Albert Dittmer**,
im 4. Bezirk Herr Kaufmann **Hugo Bischoff**,
im 5. Bezirk Herr Tischlermstr. **E. Ladewig**,
im 6. Bezirk Herr Maurermstr. **Th. Bleß**,

von der Gegenpartei — also von der jetzigen Majoritäts- und Magistratspartei sind als Kandidaten aufgestellt

im 1. Bezirk die Herren Böttchermeister **A. Busse**, Kaufmann **P. Klinkenberg**,
im 2. Bezirk die Herren **Dr. med. Freund**, Brauereibesitzer **R. Rückforth**, Buchbindermeister **Rich. Sieber**, Redakteur **A. Winckler**,
im 3. Bezirk Herr Koch **Rich. Reinhardt**,
im 4. Bezirk noch nicht bekannt,
im 5. Bezirk Herr Kaufmann **E. Setzke**,
im 6. Bezirk Herr Oberlehrer **Dr. Iffland**.

Von diesen letztern neun Herren gehörten vier, nämlich die Herren Dr. Freund, Rückforth, Sieber und Setzke, schon der bisherigen Majorität der Stadtverordneten an, und sind dieselben als unbedingte Anhänger der Magistratspartei genügend bekannt. An neuen Männern aber scheint im gegnerischen Lager sehr fühlbarer Mangel zu herrschen. Herr Redakteur A. Winckler soll dem Vernehmen nach faute de mieux in allen drei Abtheilungen für die Magistratspartei kandidiren, und ist demzufolge auch, wie oben mitgetheilt, in einem Bezirk der dritten Abtheilung als Kandidat aufgestellt. Im Uebrigen ist er ja nur ein kleiner Ableger des Herrn Dr. Amelung! Herr Oberlehrer Iffland ist einer der wenigen Anhänger des Herrn Stadtschulrath Dr. Krosta in der Lehrerwelt, und verdankt offenbar nur diesem Umstande seine Aufstellung als Kandidat. Viel Sympathien in der Lehrerwelt hat derselbe nie gehabt und dürfte sie auch durch seine Aufstellung als Kandidat nicht erreichen! Herrn Böttchermeister Busse's Stellung zu kommunalen Fragen ist wenig bekannt, Herr Kaufmann Klingenberg hat bei früheren Stadtverordnetenwahlen für die Kandidaten der Minderheit gestimmt; man zweifelt daher wohl mit Recht, ob die Aufstellung der Herren Busse und Klingenberg mit oder ohne ihren Willen erfolgt ist. Auch in dem 3. Bezirk hat man in Herrn Koch Reinhardt einen Kandidaten aufgestellt, welcher früher gleichfalls für die Kandidaten der Minderheit gestimmt hat! In dem Bezirke selbst scheint sich kein Anhänger der Majorität gefunden zu haben, den man als Kandidat aufstellen konnte. Außerdem läßt man Herrn Koch Reinhardt unter doppelter Flagge segeln. Einmal wird er als jetziger Anhänger der Majorität gepriesen. In einem andern von mehreren Wählern unterzeichneten Aufruf wird er als ein Mann ausgegeben, welcher außerhalb der beiden sich bekämpfenden Parteien stehe und sich keiner derselben anschließen werde.

Stettin, 29. Oktober. Die „Stettiner Abendzeitung" bringt einen Artikel über „Die Lehrer und die Stadtverordnetenwahlen", durch welchen sie in recht plumper Weise die Lehrer für die Wahlen einfangen will. Sie bringt dabei allen Lesern noch einmal die von einem ihrer Gesinnungsgenossen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung gehaltene „Wahlrede" in Erinnerung und sucht andererseits die Mitglieder der zeitigen Stadtverordneten-Minderheit in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen. Sie spricht von der Minderheit nur als von einer Partei „Graßmann-Malkewitz" und von einer „Hausbesitzer-Partei" und schiebt derselben unter, sie versuche mit der Behauptung zu agitiren, daß die Mitglieder der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung nicht für die Erhöhung der Lehrergehälter stimmen würden. Sie weiß auch aus den Verhandlungen der Finanz-Kommission zu berichten, daß die Berathung der Magistratsvorlage auf Antrag eines Mitgliedes der Partei „Graßmann-Malkewitz" vertagt sei. Dieser „Vertagungsantrag" wurde aber nur gestellt, weil der ganzen Finanzkommission das ihr zugestellte Material zur Beurtheilung der Frage nicht ausreichend erschien und das betr. Mitglied der „Partei Graßmann-Malkewitz" die Information der Finanzkommission in keiner Weise beschränken wollte. Thatsache ist aber ferner, daß eins der Häupter der Finanz-Kommission, ein Stadtverordneter der Mehrheit, die Vorlage über die Erhöhung der Lehrergehälter einfach bei Seite gelegt wissen wollte und ein anderes sehr einflußreiches Mehrheits-Mitglied die Behauptung aufstellte, eine Erhöhung der Gehälter könne man doch nur dann vornehmen, wenn man eben die Gehälter erhöhen wolle, irgend welcher Grund zur Erhöhung der Lehrergehälter liege zur Zeit nicht vor. Warum hat denn der Gewährsmann der „St. A.-Ztg." diese Thatsachen aus den Be-

rathungen in der Finanz-Kommission verschwiegen? Oder verschweigt dies nur die „Stettiner Abendzeitung", weil sie damit die Lehrer nicht glaubt für sich einfangen zu können? Wir bestreiten übrigens gar nicht, daß einige oder auch mehrere Mitglieder der zeitigen „Mehrheit" für die Erhöhung der Gehälter stimmen werden, noch weniger bezweifeln wir, daß diese Herren ihre Absicht allen Lehrern jetzt unmittelbar vor den Wahlen kund und zu wissen thun werden; wir bestreiten aber, daß wir zum Zweck des Wählerfanges mit Unwahrheiten agitiren und überhaupt die Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter als Agitationsmittel bei den bevorstehenden Wahlen benutzt haben oder zu benutzen beabsichtigen. Wir können auf solche Mittel vollauf verzichten, weil wir von jeher den Standpunkt vertreten haben, daß unsere Lehrer und Beamten einen Anspruch darauf haben, mit ihren Kollegen in gleich großen Gemeinden wenigstens annähernd gleich besoldet zu werden. — Da die Mehrheits-Presse nun einmal Vorgänge aus Kommissions-Berathungen in die öffentliche Diskussion gezogen hat, wollen wir ferner feststellen, daß die Nothwendigkeit der Erhöhung der Lehrergehälter 2c. in der gemischten Kommission für die Vorberathung dieser Angelegenheit von den beiden Stadtverordneten der Minderheit mit Entschiedenheit vertreten wurde, während die Stadtverordneten der Mehrheit sich zum Theil völlig ablehnend verhielten, zum Theil einen sehr zweifelhaften Standpunkt einnahmen. Wollten wir aus den Verhandlungen eine Aeußerung eines Mehrheits-Stadtverordneten anführen, so würde diese die „Lehrerfreundlichkeit" der Mehrheit trefflich kennzeichnen.

* **Stettin**, 29. Oktober. Die Sitzungen des Schöffengerichts finden von heute ab in den hierzu neu eingerichteten Räumen des Hauses Elisabethstraße 37 statt und zwar die Hauptverhandlungen in Strafsachen im Zimmer Nr. 14 und die Termine in Beleidigungs-, Uebertretungs- und Forstdiebstahlssachen im Zimmer Nr. 15. Diese beiden Sitzungszimmer liegen im ersten Stock des genannten Hauses, wo sich ferner zwei Berathungszimmer, zwei große Warteräume und die Gefangenenzelle befinden. Das Erdgeschoß beherbergt die Richterzimmer für Requisitionen in Strafsachen und Vorführungen, während im zweiten Stock die Geschäftsräume der Amtsanwaltschaft und die Gerichtsschreibereien für Strafsachen untergebracht sind.

* Der Agent Eduard Hansen, über dessen mannigfache Schwindeleien wir berichteten, befindet sich in Untersuchungshaft.

* Der Polizei wurden kürzlich ein Zwei- und ein Fünfmarkstück als Falsifikate übergeben, das Zweimarkstück war in einem hiesigen kaufmännischen Geschäft, das Fünfmarkstück auf einer Haltestelle der Strecke Stettin-Reppen vereinnahmt worden.

* Der Feuermelder am Schulhause in der Pölitzerstraße wurde während der letzten Nacht gegen 1½ Uhr von unbefugter Hand in Thätigkeit gesetzt und dadurch eine Allarmirung der Feuerwehr veranlaßt.

* Ein großes Schadenfeuer wüthete in vorletzter Nacht in Boock bei Löcknitz, 5 Wohnhäuser und 4 Wirthschaftsgebäude wurden eingeäschert und der ausgiebig niedergegangene Regen hat allein dem weiteren Umsichgreifen des verheerenden Elementes ein Ziel gesetzt.

— Nach einer im Kultusministerium angefertigten Uebersicht über den gegenwärtigen Stand des Unterrichts schwachbegabter Kinder in besonderen Schulen zeigt sich, daß die Erkenntniß der Bedeutung dieses Unterrichts fortwährend zugenommen hat. Die Gesamtzahl der in diesen Hülfsklassen untergebrachten Kinder beläuft sich auf 2017 gegen etwa 700 im Jahre 1894. Neben den auch jetzt bezeugten guten Erfolgen der Hülfsklassen ist besonders erfreulich, daß die frühere Abneigung vieler Eltern gegen die Absonderung ihrer schwachbegabten Kinder von der Volksschule erkennbar zu weichen beginnt.

Stadttheater.

„A Basso Porto."

Die fast sprüchwörtlich gewordene Interesselosigkeit der Stettiner für Premieren kann auch durch das Gastspiel einer Anna Führing nicht vermindert werden, das zeigte der gestrige Abend, das Haus war leer, erschreckend leer, trotz des geschätzten Gastes und einer interessanten Novität; denn interessant sind die Scenen aus dem neapolitanischen Volksleben, welche Cognetti unter dem Titel „A Basso Porto" bietet — interessant und grausig, so grausig, daß die Aufführung für zart besaitete Nerven recht aufregend wirken muß. Es ist eine Banditenkomödie in stark realistischer Färbung, die vorgeführten Personen gehören der neapolitanischen Volksklasse an, bei welcher der Dolch schnell zur Hand ist, wenn es gilt, einen Gegner zu beseitigen und bei welcher Haß und Rachsucht, erst einmal angefacht, nicht wieder unterdrückt werden kann, so lange der Gegner lebt. Die von Cognetti diesen Volksscenen zu Grunde gelegte Handlung entrollt eine trübe Tragödie. Maria und Cicillo haben sich einst geliebt, doch letzterer hatte es mit der Treue nicht genau gehalten und gleichzeitig mit einer Anderen ein Liebesverhältniß unterhalten; von Eifersucht getrieben, hatte Maria durch falsche Beschuldigungen diese in den freiwilligen Tod getrieben und seit dieser Zeit hat sich die Liebe des Paares in glühenden Haß verwandelt. Cicillo sucht sich an Maria dadurch zu rächen, daß er deren beide Kinder ins Verderben zieht, die Tochter will er entehren, den Sohn auf den Weg des Verbrechens leiten. Der Dichter zeigt uns nun in „Maria" und deren Handlungen, zu welchen Opfern die Mutterliebe fähig ist, wenn es gilt, die Kinder vor dem Verderben zu schützen, und dadurch erhält der Charakter der „Maria" einen idealen Zug, wenn auch deren Elend und ihr Haß erschütternd wirken muß. Cicillo ist das Oberhaupt einer Banditen-Vereinigung, aber gleichzeitig ist er Polizeispion und verräth seine Genossen, bis er von Maria entlarvt wird; die Genossen halten Gericht, sie beschließen einstimmig den Tod des Verräthers und durch das Loos wird Luigino, der Sohn Marias, zum Vollstrecker des Urtheils bestimmt. Um den Sohn vor dem Verbrechen und den Leiden des Bagno zu bewahren, warnt Maria den Cicillo und als dieser diese Warnung unbeachtet läßt und derselben Hohn entgegenbringt, greift Maria selbst zum Dolch und macht dem Leben des verhaßten Gegners ein Ende. Der Verfasser versteht es, packende Volksscenen zu schildern, dies bewies vornehmlich die Marktscene und der Streit im 1. Akt und das Banditengericht im 2. Akt, dieselben sind überaus lebendig gehalten, wenn sie auch abstoßend wirken.

Was die Aufführung unter der Regie des Herrn G. Fischer betrifft, so gebührt derselben unumschränktes Lob, das Gesamtspiel war vorzüglich und auch die einzelnen Darsteller leisteten Vorzügliches. Frau Anna Führing konnte kaum eine bessere Rolle wählen, um ihr dramatisches Können zu beweisen, sie war als „Maria" das echte Weib aus dem Volke und gab allen Gefühlswandlungen beredten Ausdruck. Das durch die Erinnerung an die alte Sünde elende Weib wurde von ihr in ergreifender Weise dargestellt, rührend war die Sorge, mit der sie über das Wohl ihrer verführten Kinder wachte und dämonisch die Ausbrüche des Hasses gegen Cicillo, den einstigen Geliebten. Die Partie stellte an die Künstlerin sehr schwere Aufgaben, dieselben wurden von ihr aber vorzüglich gelöst; doppelt zu bedauern war deshalb die Leere des Hauses. Auch der seiner Rachsucht gänzlich verfallene „Cicillo" fand in Herrn Striebeck einen wirksamen Vertreter, er gab den Banditen, in dessen Herzen jede edlere Regung erstickt ist, so natürlich — so natürlich abschreckend, daß die Furcht der Genossen vor diesem Führer begreiflich erschien. Als Dritter im Bunde zeichnete sich Herr John auf das vortheilhafteste aus, in Marias Sohn „Luigino" zeichnete er mit guter Charakteristik nicht nur den verbummelten südländischen Faullenzer, sondern er verstand es auch, die Rohheit des unnatürlichen Sohnes und Bruders und den Haß gegen den Verführer auf das wirksamste zum Ausdruck zu bringen. Die „Sesella", die Tochter Marias, gab Frl. Borkenhagen, das leidenschaftliche Temperament des Südens kam bei ihr erst zum Durchbruch, als sie erkennt, daß Cicillo die Absicht hat, sie der Entehrung und der Schande Preis zu geben, in dieser Scene bewies sie ein erfreuliches Können. Sehr glücklich war Herr Lamprecht in der Wiedergabe des verkrüppelten „Cecatiello", welcher Maria treu ergeben, dieser als Spion dient und die gröbsten Mißhandlungen seiner Gegner mit Ruhe hinnimmt. Doch auch die Träger der kleineren Rollen verdienten durchweg Anerkennung, sie Alle trugen dazu bei, eine abgerundete Aufführung zu schaffen.

B. O. K.

Aus den Provinzen.

]I[**Pasewalk**, 28. Oktober. In einer Giebelstube des in der Stettinerstraße belegenen Hartwigschen Hauses entstand heute Mittag Feuer, welches anscheinend durch Spielen mit Streichhölzern von dem 5 Jahre alten Sohn der Arbeiterfrau Rathke verursacht wurde und diesem Knaben das Leben kostete. Wie der „Pasewalker Anzeiger" mittheilt, war die Rathke am Morgen auf Arbeit in einer hiesigen Zigarrenfabrik gegangen; den ältesten Sohn hatte sie zur Schule geschickt und den kleinen Jungen in die Stube eingeschlossen. Geheizt will die Frau nicht gehabt haben, so daß wohl anzunehmen ist, daß das Kind mit Streichhölzern gespielt und hierbei das Feuer selbst angelegt hat. Obschon die Rettungsmannschaften wußten, daß ein Kind in dem Zimmer sich befand, war es anfänglich doch unmöglich, in den brennenden Raum einzudringen. Vollständig verkohlt, das Fleisch von den Knochen abgebrannt, wurde es dann im Bette aufgefunden.

§ **Demmin**, 28. Oktober. Ueber das Vermögen des Müllermeisters K. Köppen zu Wüstenfelde ist das Konkursverfahren eröffnet und Stadtrath Westphal hierselbst zum Verwalter der Masse ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 30. November beim hiesigen Amtsgericht anzumelden.

]-[**Bergen a. R.**, 28. Oktober. Ueber das Vermögen des Gastwirths Malte Haase und der Wittwe Haase geb. Clement hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Rentier Ulrich hierselbst. Anmeldefrist: 24. November.

Kunst und Wissenschaft.

Bern, 28. Oktober. Der Regierungsrath wählte an Stelle des nach Berlin berufenen Professors Lesser den Spitalarzt in Breslau Dr. Jadassohn zum Professor der Dermatologie an der hiesigen Universität und zum Leiter der Klinik für Hautkrankheiten.

Gerichts-Zeitung.

○ **Brüssel**, 29. Oktober. Der Lothaire-Prozeß wurde gestern fortgesetzt und die Verhandlungen beendigt. Das Urtheil wird in den nächsten vierzehn Tagen erfolgen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 29. Oktober. Die „Preußische Haupt-Bibel-Gesellschaft" feierte gestern in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnißkirche ihr 82. Jahresfest. Die Festpredigt hielt Hofprediger Kritzinger, den Bericht erstattete Lic. Breest. Die Gesellschaft hat danach im letzten Jahre 146 373 Bücher ausgegeben und zwar 100 446 Bibeln, 45 607 Neue Testamente und 320 Psalter. Traubibeln wurden 25 053 abgegeben, 738 mehr als 1894; 5507 Exemplare entnahmen davon die Berliner Gemeinden. Von den Bibeln für goldene und silberne Hochzeiten sind 455 begehrt worden. Verschenkt wurden 534 Bibeln, 629 Neue Testamente und 200 Psalter. Die Kommunalschulen empfingen aus den Erträgen der Bibelpfennigbüchsen 102 Bibeln, die Militärschulen auf Kosten des Kriegs-Ministeriums 229 Bibeln. Unter die Mannschaften der Armee und Marine wurden 6494 Bibeln und 33 045 Neue Testamente und Psalmen vertheilt. Seit der Stiftung der Gesellschaft bis jetzt sind insgesamt 3 036 944 heilige Schriften ausgegeben worden. Die Einnahmen beliefen sich im letzten Jahre auf 277 783 Mark, die Ausgaben auf 275 971 Mark. Die 85 Tochtergesellschaften zahlen 4095 Mark Beiträge. Diese Tochtergesellschaften vertheilten für sich selbstständig im letzten Jahre 75 533 und seit ihrer Begründung 4 438 630 heilige Schriften.

— Ueber das Verhalten der Berliner Kriminalpolizei in der Frage des Anschlages über den Mord vom vorletzten Sonntag an den Anschlagsäulen wird jetzt folgende alle Merkmale der Wahrheit tragende Darstellung veröffentlicht: „Es war bekanntlich davon die Rede, daß sich die Firma Nauck u. Hartmann unter Hinweis auf die Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe geweigert habe, einen derartigen Säulenanschlag schon am Sonntag herzustellen... Als am Sonntag Morgen das Gerücht von dem Morde durch die Stadt eilte, wurde es auch der Nauck u. Hartmannschen Offizin hinterbracht. Dort ist an Sonntagen stets eine „Wache" für außerordentliche Fälle stationirt, und diese unterrichtete sofort ihre Vorgesetzten von dem Morde. Bald darauf erschien in der Druckerei ein Kriminalschutzmann mit der Meldung des Mordes und erklärte, daß ein Säulenanschlag gemacht werden müsse, Graf Pückler befände sich zur Zeit in der Mohrenstraße, und nach seiner Rückkehr würde die Zustellung des Manuskriptes erfolgen. Nunmehr setzte die Firma Nauck u. Hartmann alle Hebel in Bewegung. Mit Droschken und anderen Hülfsmitteln wurde das Personal herbeigeholt. Alles war zur Stelle und bereit, in kürzester Frist den Säulenanschlag fertig zu stellen, nur eins fehlte — das Manuskript. Stunde auf Stunde verstrich, es wurde 1, 2, 3 Uhr, schließlich aber auch der Firma zu lange, und sie sandte einen Boten nach dem Präsidium, der gegen ¼4 Uhr mit dem Manuskript ankam. Unter diesen Umständen waren kostbare Stunden verloren gegangen, und an dem Abend einen Anschlag zu bewerkstelligen, hielt die Firma, zumal sie keine positiven Anweisungen hatte, für überflüssig. In der That war der Säulenanschlag noch am Sonntag in den Abendstunden fix und fertig und wurde dann in der Nacht angeschlagen."

— Eine Zahl von Reichstagsabgeordneten machte im vorigen Sommer gelegentlich der Eröffnungsfeierlichkeiten des Nord-Ostseekanals auf Einladung des Norddeutschen Lloyd mit dem Schnelldampfer „Trave" eine Fahrt um Skagen und nach Bremerhafen zurück. Zum Andenken an diese Fahrt haben die Theilnehmer, der „Post" zufolge, jetzt dem Dampfer eine prachtvolle Blumenschale verehrt. Sie ist etwa vier Fuß lang und ruht auf vergoldeten Muscheln als Füße auf einer Steinplatte. Die Schale hat die Form eines Schiffes älteren Typs mit hohem Bug- und Heckgeländer, das vergoldet ist, während das Schiff selbst aus getriebenem Kupfer besteht. Den Bug bildet, ebenfalls vergoldet, ein Pegasus, der von Engelgestalten gezügelt wird, das Heck bildet eine Nixe. Mittschiffs befindet sich an jeder Seite ein von einem Neptunskopf geziertes Medaillon. Das eine davon zeigt das neue Reichstagsgebäude, das zweite enthält die Widmung: „Zur Erinnerung an die Fahrt um Skagen 23. Juni 1895. Die Mitglieder des Deutschen Reichstages."

— Die spanischen Blätter sind angefüllt mit Nachrichten über die heroischen Thaten der Garnison von Kaskorro auf Kuba. Die Garnison bestand aus 170 Soldaten unter dem Befehle des Hauptmanns Neila. Sie wurde von einer zwanzigfach überlegenen Heeresmacht der Insurgenten unter Maximo Gomez belagert. Am zweiten Tage der Belagerung schickte Maximo Gomez an den Hauptmann ein Schreiben folgenden Inhalts: „Größere Opfer braucht Ihr nicht mehr zu bringen. Euere Tapferkeit flößt Achtung und Sympathie ein. Ergebt Euch, mein Wort bürgt für Euere Ehre!" Hauptmann Neila erwiderte stolz: „Ich habe den Unterhändler vorgelassen, weil ich glaubte, daß Ihre Siegeshoffnungen geschwunden seien, und daß Sie uns um Schonung bitten wollten. Wir ergeben uns nie." Zwei Tage später schickte Gomez wieder einen Unterhändler, welcher der Garnison mittheilen sollte, daß Spaniens Sache verloren, und daß jeder Widerstand nutzlos sei. Hauptmann Neila antwortete kurz: „Sagen Sie Ihrem Herrn, daß er seine Botschaften für sich behalten soll, sonst werde ich seine Unterhändler erschießen lassen." Wieder nach zwei Tagen schickte Maximo Gomez ein Weib als Unterhändlerin, aber Neila ließ die Frau hinauswerfen. Inzwischen setzten die Insurgenten von einem in der Nähe der Festung gelegenen Hause aus das Feuer gegen die belagerte Garnison lebhaft fort. Hauptmann Neila hielt es für das Beste, dieses Haus in Brand zu stecken, aber man wußte nicht, wie? denn die Festung verlassen, hieß: einem sicheren Tode entgegengehen. Da erbot sich ein einfacher Soldat, das Haus anzuzünden. Er ließ sich einen Strick um den Leib binden, damit, falls er getödtet würde, sein Leichnam nicht in den Händen der Rebellen bleibe, sondern in die Festung gezogen werden könne. Das Wagniß des Soldaten gelang. Mit einer Petroleumkanne ausgerüstet, schlich er sich gegen Abend an das Haus heran und zündete es an; die Insurgenten ergriffen die Flucht. Am andern Morgen wurde die Garnison durch die Truppen des Obersten Castellanos von den Belagerern befreit, die aus allen ihren Stellungen verdrängt wurden. Hauptmann Neila wurde für seine heldenmüthige Vertheidigung der Festung zum Major befördert; der tapfere Soldat, der das Haus in Brand steckte, soll in außergewöhnlicher Weise belohnt werden.

Aachen, 28. Oktober. Im hiesigen Kloster „Zum guten Hirten" würde durch eine Kesselexplosion der Heizer lebensgefährlich verbrannt. Um sich zu retten, sprang der Verletzte aus dem Fenster, wobei er sich einen Arm und ein Bein brach.

Wien, 29. Oktober. Der Beamte im Finanzministerium Dr. Ritter von Pichler, Sohn des Sektionschefs im Eisenbahnministerium, erschoß sich aus unbekannten Gründen.

Simla, 28. Oktober. Die Gefahr der Hungersnoth nimmt einen bedrohlicheren Charakter an; es ist unwahrscheinlich, daß jetzt ein Regenfall eintreten könne. Die Aussichten in den nordwestlichen und den mittleren Provinzen, sowie im Pendschab sind sehr ernst, der Kornmangel wird bis Behar und Bombay fühlbar, die Preise sind bedeutend gestiegen. Es wird eine starke Getreideeinfuhr erwartet. Die Arbeiten zur Linderung der Noth haben begonnen.

Schiffsnachrichten.

London, 28. Oktober. Einer Meldung aus Kobe zufolge ist der japanische Dampfer „Tokumaru" bei Osaka gesunken. Ueber 60 Passagiere ertranken.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. Oktober. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 10 Grad Reaumur. Barometer 751 Millimeter. — Wind: O.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilogramm loko 162—165, per Oktober 165,00 B. u. G., per Oktober-November 165,00 B. u. G.

Roggen etwas fester, per 1000 Kilogramm loko 122—126, per Oktober 128,00 G., per Oktober-November 126,00 G., per November-Dezember 126,00 B. u. G.

Gerste per 1000 Kilogramm loko und kurze Lieferung neue inländische 125,00—160,00.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 128,00 bis 134,00.

Spiritus Schluß fester, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36—36,5 bez., Termine ohne Handel.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 165,00, Roggen 128,00, 70er Spiritus —,—.

Nichtamtlich.

Petroleum fester, loko 11,15 verzollt, Kasse 5/12 Prozent.

Rüböl fester, loko 55,25 B., per Oktober 56,25 B., per November-Dezember 56,00 B., per April-Mai 56,00 B.

Berlin, 29. Oktober. Weizen per Oktober 166,50 bis 166,00, per November 167,00, per Dezember 167,25.

Roggen per Oktober 128,50 bis 128,75, per November 128,50, per Dezember 129,50.

Rüböl per Oktober 57,70, per Mai 57,30.

Spiritus loko 70er 37,00, per Oktober 70er 40,90, per Mai 70er 42,50.

Hafer per Oktober 130,75.

Mais per Oktober 97,75.

Petroleum loko 22,20.

London, 29. Oktober. Wetter: Schön.

Berlin, 29. Oktober. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	104,00
do. do. 3½%	103,90
do. do. 3%	98,75
Deutsche Reichsanl. 3%	98,25
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,30
do. do. 3%	93,20
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,40
3% neuländ. Pfandbriefe	93 80
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100,20
do. 3%	93,60
Italienische Rente	87 20
do. 3% Eisenb.-Oblig.	53,10
Ungar. Goldrente	103,20
Rumän. 1881er am. Rente	99,90
Serbische 4% 95er Rente	62,00
Griech. 5% Goldr. v. 1890	28,80
Rum. amort. Rente 4%	86,75
Russ. Boden-Credit 4½%	103,75
do. do. von 1880	102,80
Mexikan. 6% Goldrente	92 90
Oesterr. Banknoten	170,10
Russ. Banknoten Cassa	217 00
do. do. Ultimo	217,50
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	103,50
do. (100) 4%	105,60
do. (100) 4%	101,20
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	100,80
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	102,00
Stett. Vul.-Act. Litt. B.	161,25
Stett. Vulc.-Prioritäten	161,50
Stettiner Straßenbahn	98 00

Petersburg kurz	216,00
London kurz	203,65
London lang	202 00
Amsterdam kurz	168,35
Paris kurz	80 80
Belgien kurz	8065
Berliner Dampfmühlen	120,75
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	67,25
„Union", Fabrik chem. Produkte	114,30
Varziner Papierfabrik	186,50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	101,90
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,00
Stett. Stadtanleihe 3½%	100 50
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	205,00
Berliner Handels-Gesellsch.	149,80
Oesterr. Credit	220,00
Dynamite Trust	182,90
Bochumer Gußstahlfabrik	158,25
Laurahütte	162,30
Harpener	166,00
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	175.25
Dortm. Union St.-Pr. 6%	38,50
Ostpreuß. Südbahn	88,25
Marienburg-Mlawkabahn	90,50
Mainzerbahn	117,80
Norddeutscher Lloyd	114,40
Lombarden	43.25
Luxemb. Prince-Henribahn	84,25

Tendenz: Sehr still.

Paris, 28. Oktober, Nachm. (Schluß-Kourse.) Matt.

	28.	27.
3% amortisirb. Rente	100,30	100,50
3% Rente	101,75	101,72½
Italienische 5% Rente	87,97½	88,10
4% ungar. Goldrente	104,00	—,—
4% Russen de 1889	102,20	102,20
3% Russen de 1891	91,95	92,20
4% unifiz. Egypten	—,—	105,75
4% Spanier äußere Anleihe	58,12	58,50
Convert. Türken	18,32½	18 40
Türkische Loose	88,50	88,50
4% türk. Pr.-Obligationen	405,00	413,00
Franzosen	779,00	789,00
Lombarden	—,—	230,00
Banque ottomane	512,00	515,00
„ de Paris	787,00	792,00
Debeers	709,00	712,00
Credit foncier	—,—	658,00
Huanchaca	86,00	86,00
Meridional-Aktien	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	621,00	621,50
Suezkanal-Aktien	3327,00	—,—
Credit Lyonnais	765,00	767,00
B. de France	3630,30	—,—
Tabacs Ottom.	321,00	322,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122 5/16	122 5/16
Wechsel auf London kurz	25,19	25,19½
Cheque auf London	25,21	25,21½
Wechsel Amsterdam k.	206,12	206,18
„ Wien k.	208,37	208,37
„ Madrid k.	394,50	396,00
„ Italien	6,50	6,62
Robinson-Aktien	207,00	210,00
4% Rumänier	88,35	—,—
5% Rumänier 1892 u. 93	101,00	100,90
Portugiesen	—,—	—,—
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	66 40
Langl. Estat.	118,50	121,00
3½% Russ. Anl.	98,95	98,85
Privatdiskont	—,—	—,—

3% Russen (neue) 91.40

Hamburg, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Oktober 52,75, per Dezember 53,50, per März 53,75, per Mai 53,75. Schleppend.

Hamburg, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Oktober 9,07½, per November 9,12½, per Dezember 9,27½, per März 9,57½, per Mai 9,80, per Juli 9,97½. Ruhig.

Bremen, 28. Oktober. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Höher. Loko 6,85 B. Russisches Petroleum. Loko 6,65 B.

Pest, 28. Oktober, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko geschäftslos, per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 7,75 G., 7,76 B. Roggen per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 6,69 G., 6,70 B. Hafer per Herbst —,— G., —,— B., per Frühjahr 5,89 G., 5,91 B. Mais per September-Oktober —,— G., —,— B., do. per Mai-Juni 4,15 G., 4,16 B. Kohlraps per August-September —,— G., —,— B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 28. Oktober. Java-Kaffee good ordinary 50,00.

Amsterdam, 28. Oktober, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per November 192,00, per März 191,00, per Mai —,—. Roggen loko flau, do. auf Termine flau, per Oktober —,—, per März 114,00, per Mai 114,00. Rüböl loko 30,75, per November 30,50, per Mai 1897 31,00.

Amsterdam, 28. Oktober. Bancazinn 35,00.

Antwerpen, 28. Oktober, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,75 bez. u. B., per Oktober 18,75 B., per November-Dezember 19,00 B., per Januar 19,25 B. Steigend.

Antwerpen, 28. Oktober. Schmalz per Oktober 58,25. Margarine —.

Paris, 28. Oktober, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) beh., 88% loko 25,00 bis 25,25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Oktober 27,50, per November 27,62, per November-Januar 27,87, per Januar-April 28,62.

Paris, 28. Oktober, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Oktober 20,40, per November 20,55, per November-Februar 20,70, per Januar-April 21,00. Roggen ruhig, per Oktober 14,30, per Januar-April 13,65. Mehl fest, per Oktober 42,60, per November 42,80, per November-Februar 43,25, per Januar-April 43,90. Rüböl fest, per Oktober 60,25, per November 60,50, per November-Dezember 60,75, per Januar-April 62,25. Spiritus lebhaft, per Oktober 29,75, per November 30,25, per November-Dezember 30,25, per Januar-April 31,50. — Wetter: Schön.

Havre, 28. Oktober, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Oktober 64,50, per Dezember 64,00, per März 64,75. Behauptet.

London, 28. Oktober. Spanisches Blei 5 Lstr. 6 Sh. 3 d.

London, 28. Oktober. An der Küste — Weizenladung angeboten.

London, 28. Oktober. 96proz. Javazucker 11,25, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9,12, fest. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 28. Oktober. Chili-Kupfer 48 1/16, per drei Monate 48,62.

London, 28. Oktober, Nachm. 2 Uhr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämtliche Getreidearten träge bei unveränderten Preisen; Mehl ½ Sh. niedriger, Stadtmehl 26½—32 Sh. Von schwimmendem Getreide Weizen und Gerste geschäftslos, Mais ¼ Sh. niedriger seit Eröffnung.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 36 800, Gerste 9080, Hafer 43 820 Quarters.

Glasgow, 28. Oktober, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 48 Sh. 3 d.

Newyork, 28. Oktober. (Anfangskourse.) Weizen per Dezember 76,25. Mais per Dezember 31,00.

Newyork, 28. Oktober, Abends 6 Uhr.

	28.	27.
Baumwolle in Newyork	7 15/16	7 15/16
do. in Neworleans	7 3/16	7 3/16
Petroleum Rohes (in Cases)	7,96	7,95
Standard white in Newyork	7,00	7,00
do. in Philadelphia	6,95	6,95
Pipe line Certificates	118,50*	117,00*
Schmalz Western steam	4,65	4,65
do. Rohe und Brothers	5,00	5,00
Zucker Fair refining Moscovados	2,87	2,75
Weizen fest.		
Rother Winter- loko	82,37	79,50
per Oktober	75,62	73,75
per Dezember	77,87	76,00
per März	81,62	79,62
per Mai	81,00	79,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	10,75	10,62
per November	10,05	10,05
per Januar	9,90	9.95
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,05	3,05
Mais fest,		
per Oktober	30,12	29,12
per Dezember	31,62	30,87
per Mai	34,50	33,87
Kupfer	10,75	10,80
Zinn	12,85	12,90
Getreidefracht nach Liverpool nominell.	6,00	6,00

Chicago, 28. Oktober.

	28.	27.
Weizen fest, Oktober	68,75	66,50
per Dezember	70,87	68,75
Mais fest, per Oktober	23,25	23,00
Pork per Oktober	6,90	6,97½
Speck short clear	4,00	4,00

Wasserstand.

* **Stettin**, 29. Oktober. Im Revier 5,20 Meter = 16' 7".

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. Der „Frankf. Ztg." wird aus Leipzig gemeldet: Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte einen Betrag bis zu 10 000 Mark zu den Kosten des Schriftsteller- und Journalistentages, welcher 1897 in Leipzig abgehalten werden soll.

Demselben Blatt wird aus Newyork gemeldet: Herbert Bismarck publizirt eine Erklärung, daß sein Vater den neulichen Brief erst nach gründlichem Studium der Währungsfrage geschrieben habe. Fürst Bismarck sei der Ansicht, die Politik der amerikanischen Hintermänner sei nicht revolutionär, sondern im Interesse des Gemeinwohls.

Pest, 29. Oktober. Bis gestern Nacht 2 Uhr wurden 220 Wahlresultate bekannt, davon sind 162 liberal.

Marseille, 29. Oktober. Die „Tonkingpost" bringt die Nachricht, daß die Eingeborenen eine französische Mission überfallen und mehrere Personen getödtet haben. Eine Expedition gegen die Aufständigen ist unvermeidlich.

Rom, 29. Oktober. In Regierungskreisen ist man nunmehr überzeugt, daß die Mittheilung der „Hamburger Nachrichten" auf Wahrheit beruhe, doch legt man ihr nur historischen Werth bei. Ein Minister sprach sich über die Sache folgendermaßen aus: Fürst Bismarck konnte es nie über sich bringen, der altpreußisch dynastischen Politik, welche zu jeder Zeit engste Fühlung mit Rußland anstrebte, untreu zu werden. In dieser Hinsicht legte ihm aber das Reich mit seinen vornehmlich nationalen Anforderungen Beschränkung auf, welche ihn zu peinlichen Transaktionen zwischen den neuen Pflichten und alten Gefühlen veranlaßten. Eine dieser Transaktionen war nach dem Abschluß des Bundes mit Oesterreich der Geheimvertrag mit Rußland, der unter Umständen für die Verbündeten Deutschlands, insbesondere aber für Oesterreich, zum Hinterhalt werden konnte. Es gereicht Kaiser Wilhelm zur Ehre, daß er es ablehnte, den Vertrag zu erneuern, denn er widersprach in jeder Hinsicht dem Geiste des Dreibunds.

Rom, 29. Oktober. Aus Massowah wird gemeldet, daß König Menelik in Folge der Beschlagnahme des Dampfers „Doelwyk" seine friedliche Gesinnung aufgegeben habe und nunmehr die Freilassung der Gefangenen verweigere. Nach der Rückkehr des Gesandten aus Petersburg befürchtet man, daß Menelik aufs neue kriegerisch gegen die Italiener vorgehen werde.

London, 29. Oktober. „Daily Mail" behauptet, der Sultan habe seine Flucht aus dem Yildiz-Kiosk vorbereitet. Ein unterirdischer Gang, welcher stets hell beleuchtet und überwacht wird, verbindet den Palast mit dem Hafen, wo eine Yacht stetig unter Dampf bereit liegt.

London, 29. Oktober. „Times" erklären, wie friedlich auch ein Bündnißvertrag zwischen Frankreich und Rußland sein mag, Frankreich wird nie Elsaß-Lothringen und Rußland nie den Vertrag von St. Steffano vergessen.

Belgrad, 29. Oktober. Die radikalen Blätter betrachten die Bukarester Reise des Königs als eine Schwenkung der serbischen Politik. Der Umstand, daß der König außerdem Wien und Rom besuchen werde, während die Reise nach Bulgarien und Montenegro fallen gelassen worden, deute darauf hin, sagen die Blätter, daß die Waage sich zu Gunsten des Dreibundes neige. In ernsten politischen Kreisen wird das Einlenken der serbischen Politik in richtige Bahnen, ohne die Protektion irgend Jemandes zu suchen, dem Könige selbst zugeschrieben.